



Umstrittener Hafenausbau - Rhein in Gefahr?

„Hafenalarm“ in Düsseldorf

Die Binnenschifffahrt gilt allgemein als umweltfreundlicher als der Lkw-Verkehr. Manch Politiker sieht im Ausbau dieses Verkehrsträgers gar die Lösung der durch die anschwellenden Güterverkehrs-Lawine verursachten Probleme. Doch stimmt dies überhaupt? Das Beispiel der Hafenausbaupläne im Düsseldorfer Süden sorgt jedenfalls für Ernüchterung.

Dort sollen der seit über 100 Jahren genutzte Reisholzer Hafen und die teilweise brachliegenden Industrieflächen in der Umgebung zu einem multimodalen Mehrzweckhafen erweitert werden. Die Projektidee umfasst ein Gebiet von circa 56 Hektar Größe. Der Hafen soll einen aktiven Beitrag zur Verlagerung von Güterverkehren weg von der Straße hin zu Bahn und Binnenschiff leisten, so die Planer. Doch die Nachbarschaft läuft Sturm gegen die Pläne. Die AnwohnerInnen kritisieren die befürchtete Lärm- und Lichtbelastung durch den Hafenbetrieb und den landseitigen Zusatzverkehr, der trotz der Verlautbarungen überwiegend über die Straße abgewickelt würde.

Auch der BUND sieht die Planung kritisch und fordert einen objektiven Bedarfsnachweis. Noch fehlt ein überregionales Hafenkonzept mit dem Effekt, dass allerorten (Reisholz, Godorf, Krefeld) wild drauflos geplant wird. Auch müssen die Schiffsmotoren deutlich sauberer werden, denn noch immer ist zum Beispiel die Stickoxid-Belastung entlang der Wasserstraßen ähnlich hoch wie entlang der Autobahnen.

Auch wenn für den Hafen Reisholz kaum ein weiterer Flächenverbrauch erforderlich ist, ist die Planung aus ökologischer Sicht nicht unproblematisch. Wegen

der auf der Fläche vorkommenden streng geschützten Zauneidechse müsste eine mit dem Artenschutz zu vereinbarende Lösung gefunden werden. Noch problematischer scheinen aber mögliche Beeinträchtigungen im unmittelbaren Umfeld zu sein. Denn dort befinden sich mit den FFH-Gebieten Urdenbacher Kämpfe / Kirberger Loch / Zonser Grind wichtige Rückzugsräume der Natur. Diese temporär vom Rhein überfluteten Au- und Landschaften sind zusammen mit den Fischschutzzonen im Rhein ein bedeutendes Verbundzentrum im Korridor zwischen Niederrhein und Mittelrhein.



Und genau diese Schutzgebiete drohen durch die Pläne der Landesregierung zur Vertiefung der Fahrrinne des Rheins zwischen Duisburg und Köln auf einheitlich 2,80 Meter unzulässig beeinträchtigt zu werden. Besonders problematisch:

Künstliche Sohlvertiefungen führen zum Absinken des Rheinwasserstandes. Dies kann langfristig zu dauerhaften Schäden und Veränderungen der Feuchtgebiete führen. Ferner sind direkte Schädigungen der amphibischen und aquatischen Biotope durch den Ausbau der vorhandenen Fahrrinne, die begleitenden Baumaßnahmen, sowie die Strombau- und Verbringungsmaßnahmen vorprogrammiert. Nach BUND-Ansicht stellt dies einen Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot der EU-Wasserrahmenrichtlinie dar.

Allseits wird deshalb mit Spannung das Grundsatz-Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Weservertiefung erwartet. Dieses geht auf eine BUND-Klage zurück und wird klären, inwieweit auch in NRW der Gewässerschutz stärker berücksichtigt werden muss. (dj)



www.bund-nrw.de/reisholzer_hafen